



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 12.5.2010  
SEK(2010) 585 endgültig

**BERICHT DER KOMMISSION**

**Dänemark**

**Bericht nach Artikel 126 Absatz 3 AEUV**

# BERICHT DER KOMMISSION

## Dänemark

### Bericht nach Artikel 126 Absatz 3 AEUV

#### 1. DIE ANWENDUNG DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS IN DER DERZEITIGEN KRISE

Viele EU-Staaten sind derzeit mit einem gesamtstaatlichen Defizit oberhalb des im Vertrag festgelegten Referenzwerts von 3 % des BIP konfrontiert. Die häufig drastische Verschlechterung des Haushaltssaldos und Schuldenstands ist dabei vor dem Hintergrund der beispiellosen Krise auf den Finanzmärkten und des weltweiten Konjunkturrückgangs zu sehen. Verschiedene Faktoren kommen hier zum Tragen. Erstens hatte der Konjunkturrückgang geringere Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben (z. B. für Leistungen bei Arbeitslosigkeit) zur Folge. Zweitens hat die Kommission in Anerkennung der wichtigen Rolle, die der Haushaltspolitik in der aktuellen wirtschaftlichen Ausnahmesituation zukommt, in ihrem Europäischen Konjunkturprogramm vom November 2008, das im Dezember vom Europäischen Rat gebilligt wurde, budgetäre Impulse gefordert. Dem Programm zufolge sollen diese budgetären Impulse je nachdem, in welcher Lage sich ein Mitgliedstaat im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen und seine Wettbewerbsfähigkeit befindet, differenziert und – wenn sich die Wirtschaftslage bessert – wieder zurückgenommen werden. Schließlich haben mehrere Länder Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors ergriffen, die sich zum Teil auf den Schuldenstand ausgewirkt haben bzw. die Gefahr künftig höherer Defizite und Schulden bergen, auch wenn die Kosten der staatlichen Konjunkturförderung möglicherweise zum Teil wieder hereingeholt werden können.

Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt muss die Kommission einen Bericht erstellen, wenn das tatsächliche oder geplante Defizit eines Mitgliedstaats den Referenzwert von 3 % des BIP übersteigt. In diesem Bericht, der die erste Stufe des „Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit“ (des „Defizitverfahrens“) darstellt, werden die Gründe für die Referenzwertüberschreitung analysiert, wobei dem wirtschaftlichen Hintergrund und allen sonstigen einschlägigen Faktoren gebührend Rechnung getragen wird. Mit den Änderungen am Stabilitäts- und Wachstumspakt von 2005 sollte insbesondere sichergestellt werden, dass der wirtschaftliche und budgetäre Hintergrund auf allen Stufen des Defizitverfahrens in vollem Umfang berücksichtigt wird. Besteht beispielsweise die Auffassung, dass ein „übermäßiges Defizit“ vorliegt, so muss dem wirtschaftlichen Hintergrund und den wirtschaftlichen Aussichten bei den Empfehlungen zum Tempo der Defizitkorrektur hinreichend Rechnung getragen werden. Auf diese Weise bietet der Stabilitäts- und Wachstumspakt einen Rahmen, der die Regierungen bei der umgehenden Wiederherstellung einer soliden Haushaltsposition mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage unterstützt.

#### 2. RECHTLICHER HINTERGRUND

In diesem Bericht werden die jüngste und die aktuelle Haushaltsentwicklung Dänemarks bewertet und die kurz- und mittelfristigen Aussichten vor dem Hintergrund der

gesamtwirtschaftlichen Lage und der von der Regierung getroffenen Maßnahmen gemäß Artikel 126 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) untersucht.

In Artikel 126 AEUV sind die Bestimmungen für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (Defizitverfahren) enthalten. Dessen Einzelheiten regelt die zum Stabilitäts- und Wachstumspakt gehörende Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit<sup>1</sup>. Nach Artikel 126 Absatz 2 AEUV prüft die Kommission die Einhaltung der Haushaltsdisziplin anhand von zwei Kriterien, nämlich daran, a) ob das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) den Referenzwert von 3 % überschreitet (es sei denn, dass entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwerts erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird, und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwertes bleibt); und b) ob das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum BIP den Referenzwert von 60 % überschreitet (es sei denn, das Verhältnis ist hinreichend rückläufig und nähert sich rasch genug dem Referenzwert).

Gemäß Artikel 126 Absatz 3 hat die Kommission einen Bericht zu erstellen, falls ein Mitgliedstaat keines oder nur eines dieser Kriterien erfüllt. In diesem Bericht wird auch „berücksichtigt, ob das öffentliche Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft; berücksichtigt werden ferner alle sonstigen einschlägigen Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedstaats“.

Nach den von Dänemark im April 2010 gemeldeten Daten<sup>2</sup> soll das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2010 5,4 % des BIP erreichen und damit den Referenzwert von 3 % des BIP übersteigen, während der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand 45,1 % des BIP betragen soll und damit zwar unter dem Referenzwert von 60 % des BIP liegen würde, aber leicht höher wäre als vor fünf Jahren und eine steigende Tendenz aufwies.

**Tabelle 1: Gesamtstaatliches Defizit und Schuldenstand<sup>a</sup>**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010		2011
							KOM	DK	KOM
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo	2,1	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-5,4	-4,9
Gesamtstaatlicher Bruttoschuldenstand	44,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6	46,0	45,1	49,5

Anmerkung:

<sup>a</sup> In Prozent des BIP.

Quelle: Eurostat, Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen und VÜD-Datenmeldung vom April 2010.

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6. Im Bericht wird auch den „Spezifikationen für die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie Leitlinien zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“ Rechnung getragen, die am 10. November 2009 vom Rat „Wirtschaft und Finanzen“ gebilligt wurden und unter folgender Webadresse einzusehen sind: [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/sgp/legal\\_texts/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/legal_texts/index_en.htm).

<sup>2</sup> Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates müssen die Mitgliedstaaten der Kommission zweimal jährlich die Höhe des tatsächlichen und des geplanten öffentlichen Defizits und Schuldenstands mitteilen. Die jüngste Datenmeldung Dänemarks ist abrufbar unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/government\\_finance\\_statistics/procedure/edp\\_notification\\_tables](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/government_finance_statistics/procedure/edp_notification_tables)

Die Defizitplanung 2010 liefert den Anscheinsbeweis, dass in Dänemark ein übermäßiges Defizit im Sinne des AEUV sowie des Stabilitäts- und Wachstumspakts besteht. Die Kommission hat daher beschlossen, mit der Annahme des vorliegenden Berichts ein Defizitverfahren gegen Dänemark einzuleiten. Abschnitt 3 des Berichts befasst sich mit dem Defizitkriterium und Abschnitt 4 mit öffentlichen Investitionen und sonstigen einschlägigen Faktoren. In dem Bericht wird auch die am 5. Mai veröffentlichte Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen berücksichtigt.

### 3. DAS DEFIZITKRITERIUM

Der Datenmeldung der dänischen Behörden vom April 2010 zufolge soll das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2010 5,4 % des BIP erreichen.

Damit liegt das geplante Defizit deutlich über 3 % des BIP und nicht mehr in der Nähe des AEUV-Referenzwerts.

Der Referenzwert von 3 % des BIP kann als ausnahmsweise überschritten angesehen werden. So resultiert die Überschreitung insbesondere aus einer schweren Wirtschaftsabschwung im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Nach der Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen ist in Dänemark 2010 mit einer Erholung des realen BIP-Wachstums auf 1,6 % zu rechnen, nachdem es 2009 um 4,9 % eingebrochen war. Die Rezession des Jahres 2009 ist auf die plötzliche Abschwächung der privaten Investitionen, des Verbrauchs und des Außenhandels im exportorientierten produzierenden Gewerbe zurückzuführen, die als Folge der Finanzkrise und des weltweiten Konjunkturrückgangs, insbesondere der erheblich trüberen Wachstumsaussichten der wichtigsten Handelspartner (Deutschland, Vereinigtes Königreich, Schweden und Norwegen) eingetreten ist. Das Defizit des Jahres 2010 geht sowohl auf den Wirtschaftsabschwung als auch auf die von den dänischen Behörden im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm getroffenen konjunkturfördernden Maßnahmen zurück.

Die Überschreitung des Referenzwerts von 3 % des BIP kann im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht als vorübergehend angesehen werden. Nach der Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen wird sich das Defizit unter der Annahme einer unveränderten Politik<sup>3</sup> und unter Berücksichtigung der im laufenden Jahr für den Haushalt 2010 verabschiedeten Maßnahmen im Jahr 2011 auf 4,9 % des BIP verringern. Nach der Konvergenzprogrammaktualisierung vom Februar 2010 soll sich das Defizit 2011 auf 4,1 % des BIP und 2012 auf 3,1 % verringern und im Jahr 2013 1,8 % des BIP erreichen, wobei z. T. bereits umgesetzte Maßnahmen, wie die Finanzierungselemente der Steuerreform aus dem Jahr 2010, und eine Normalisierung der öffentlichen Investitionen zugrunde gelegt wurden.

**Tabelle 2: Entwicklungen von Gesamtwirtschaft und Haushalt<sup>a</sup>**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Reales BIP (Veränderung in %)	2,3	2,4	3,4	1,7	-0,9	-4,9	1,6	1,8
BIP-Potenzial (Veränderung in %)	1,2	1,3	1,7	1,6	1,4	0,4	0,4	0,6

<sup>3</sup> Bei der Annahme einer unveränderten Politik wird die (teilweise) Rücknahme der zur Bewältigung der Krise ergriffenen außerordentlichen Maßnahmen berücksichtigt.

Produktionslücke (% des BIP-Potenzials)	-0,3	0,8	2,5	2,6	0,2	-5,1	-3,9	-2,7
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo	2,1	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-4,9
Primärsaldo	4,4	7,1	6,8	6,3	4,8	-0,7	-3,4	-2,7
Einmalige und sonstige befristete Maßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,2	0,0
Staatliche Bruttoanlageinvestitionen	1,9	1,8	1,9	1,9	1,8	2,1	2,4	1,9
Konjunkturbereinigter Saldo	2,3	4,7	3,5	3,1	3,3	0,6	-3,0	-3,1
Konjunkturbereinigter Primärsaldo	4,6	6,5	5,2	4,7	4,7	2,6	-0,9	-1,0
Struktureller Saldo <sup>b</sup>	2,3	4,7	3,5	3,1	3,3	0,6	-2,7	-3,1
Struktureller Primärsaldo	4,6	6,5	5,2	4,7	4,7	2,6	-0,6	-1,0

Anmerkungen:

<sup>a</sup> In Prozent des BIP (soweit nicht anders angegeben).

<sup>b</sup> Konjunkturbereinigter Saldo ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen.

Quelle: Eurostat, Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen und VÜD-Datenmeldung vom April 2010.

Das geplante Defizit 2010 liegt somit nicht in der Nähe des Referenzwerts von 3 % des BIP, und der Referenzwert kann zwar als ausnahmsweise, im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aber nicht als vorübergehend überschritten angesehen werden. Dies führt zu dem Schluss, dass das Defizitkriterium des AEUV nicht erfüllt ist.

#### 4. EINSCHLÄGIGE FAKTOREN

Nach Artikel 126 Absatz 3 AEUV ist im Bericht der Kommission zu berücksichtigen, „ob das öffentliche Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft; berücksichtigt werden ferner alle sonstige einschlägige Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedstaats“. Diese Faktoren werden in Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates weiter erläutert, wonach „allen sonstigen Faktoren gebührende Beachtung [geschenkt werden muss], die aus Sicht des betreffenden Mitgliedstaats von Bedeutung sind, um die Überschreitung des Referenzwerts qualitativ in umfassender Weise zu beurteilen, und die der Mitgliedstaat der Kommission und dem Rat vorgelegt hat“.

Angesichts der vorgenannten Bestimmungen werden in den folgenden vier Abschnitten folgende Faktoren bewertet: 1.) die mittelfristige Wirtschaftslage, 2.) die mittelfristige Haushaltslage (einschließlich öffentlicher Investitionen), 3.) andere Faktoren, die aus Sicht des betreffenden Mitgliedstaats von Bedeutung sind, und 4.) andere Faktoren, die aus Sicht der Kommission von Bedeutung sind.

##### 4.1. Mittelfristige Wirtschaftslage

**Konjunkturlage und Wachstumspotenzial.** Vor Beginn der weltweiten Krise konnte Dänemark dank eines anhaltenden, raschen Wachstums erhebliche Leistungsbilanz- und Haushaltsüberschüsse erzielen. Dies versetzte das Land in die Lage, 2009-2010 ein umfangreiches Konjunkturprogramm in Höhe von ca. 3½ % des BIP umsetzen, und ermöglichte es den automatischen Stabilisatoren, ihre volle Wirkung zu entfalten, so dass die Auswirkungen der Krise auf den Inlandsmarkt teilweise aufgefangen werden konnten. Ausgehend von einer Belebung des privaten Konsums und der Nachfrage wird in der Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen für das Jahr 2010 ein BIP-Wachstum

von 1,6 % projiziert. Im Jahr 2011 dürfte sich die leichte Erholung dank steigender Investitionen mit einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 1,8 % fortsetzen. Die Produktionslücke rutschte 2009 und 2010 deutlich in die Negativzone. Nach den Berechnungen der Kommissionsdienststellen lag das Potenzialwachstum während der letzten 3 Jahre unter dem langfristigen Durchschnitt von 2 % und wird sich in den Jahren 2010 und 2011 weiter auf  $\frac{3}{4}$  % verringern, was auf einen Rückgang des Beitrags der Arbeitskräfte und eine geringere Kapitalbildung infolge eines Investitionseinbruchs zurückgeführt wird.

**Jüngste Strukturreformen.** Im dänischen nationalen Reformprogramm (NRP) 2008-2010 wird der Förderung des Bildungssystems sowie des Forschungs- und Entwicklungsumfelds auf mikroökonomischer Ebene eine hohe Bedeutung zugewiesen. Die Kernpunkte des nationalen Reformprogramms sind demnach die ehrgeizigen Ziele, bis 2015 den Anteil der Jugendlichen eines Jahrgangs mit einer höheren Sekundarbildung auf 95 % und den Anteil derjenigen mit einer Tertiärbildung auf 50 % zu steigern und die FuE-Ausgaben im öffentlichen Sektor auf 1 % des BIP zu erhöhen. Dem NRP 2009 zufolge belaufen sich die öffentlichen FuE-Ausgaben im Jahr 2010 auf 1 % des BIP, so dass sich zusammen mit den privaten FuE-Ausgaben von ca. 2 % des BIP insgesamt FuE-Ausgaben von etwa 3 % des BIP ergeben, was der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung entspricht. Die Steuerreform 2009 hat die Steuerlast auf die Arbeitseinkommen deutlich verringert und die Arbeits- und Sparanreize verstärkt. Im Gegenzug wurden z. B. die Steuern auf den Energieverbrauch und die Verbrauchssteuern erhöht.

#### **4.2. Mittelfristige Haushaltsslage**

**Strukturelles Defizit und Haushaltskonsolidierung in Zeiten günstiger Konjunktur.** Ausgehend von dem kräftigen BIP-Wachstum und der positiven Produktionslücke herrschte in Dänemark von 2006 bis 2008 eindeutig eine günstige Konjunktur. Der strukturelle Saldo hat sich allerdings 2009 erheblich – um 2,7 Prozentpunkte – auf 0,6 % des BIP verringert und wird sich 2010 voraussichtlich weiter auf -2,7 % des BIP verschlechtern. Einmalige Maßnahmen, die auf eine Kapitalübertragung aufgrund einer Reform der Rentenbesteuerung zurückgehen, belaufen sich nach den Schätzungen der Kommissionsdienststellen im Jahr 2010 auf 0,2 % des BIP und wirken defizitsenkend. Die Produktionslücke wurde 2009 mit -5,1 % des BIP negativ und wird sich 2010 voraussichtlich auf -3,9% verbessern, was auf eine ungünstige Konjunktur in den Jahren 2009 und 2010 hinweist. Als mittelfristiges Ziel strebt Dänemark bis 2015 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt an. Der von den Kommissionsdienststellen anhand der gemeinsamen Methodik neu berechnete konjunkturbereinigte Saldo ist 2015 mit -0,4 % leicht negativ. Nach der Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen wird sich das strukturelle Defizit in den Jahren 2010 und 2011 um 2,1 Prozentpunkte bzw. 0,4 Prozentpunkte erhöhen, was auf einen expansiven finanzpolitischen Kurs in diesen beiden Jahren hindeutet.

**Öffentliche Investitionen.** Die öffentlichen Investitionen (in Prozent des BIP) beliefen sich im Zeitraum 2005 bis 2009 durchschnittlich auf knapp 2 % des BIP, stiegen im Jahr 2009 auf rund 2 % an und werden sich 2010 aufgrund der Konjunkturmaßnahmen voraussichtlich auf etwa  $2\frac{1}{2}$  % des BIP erhöhen. Vor dem Hintergrund der erwarteten Haushaltskonsolidierung wird ab 2011 mit einer Normalisierung der öffentlichen Investitionen und einer allmählichen Rückkehr zu früheren Werten gerechnet. Das gesamtstaatliche Defizit wird daher die öffentlichen Gesamtinvestitionen voraussichtlich sowohl 2010 als auch 2011 übersteigen. Nach der Frühjahrsprognose 2010 der Kommissionsdienststellen wird der strukturelle Haushaltssaldo 2010 ein Defizit von 2,7 % des BIP und 2011 ein Defizit von 3,1 % des BIP

aufweisen. Die öffentlichen Investitionen dürften den strukturellen Haushaltssaldo daher sowohl 2010 als auch 2011 voraussichtlich nicht übertreffen.

**Qualität der öffentlichen Finanzen.** Die gesamtstaatlichen Ausgaben sind von ca. 55 % des BIP im Jahr 2000 auf 50,9 % im Jahr 2008 gesunken. Die infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen und die auf die automatischen Stabilisatoren zurückzuführenden zusätzlichen Ausgaben bewirken 2010 voraussichtlich einen Anstieg der Ausgabenquote um 6,8 Prozentpunkte auf 57,7 % des BIP. Das Konvergenzprogramm vom Februar 2010 legt als Fortschreibung des gesamtfiskalischen Rahmens (des „2015-Plans“) die finanzpolitischen Anforderungen dar, mit denen die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sichergestellt werden soll. Dem Konvergenzprogramm zufolge soll die Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung der Finanzierungselemente der Steuerreform 2010 und der Normalisierung der öffentlichen Investitionen ab 2011 Fuß fassen und auf Ausgabenenkungen beruhen, während Steuererhöhungen ausgeschlossen werden. Dem Programm zufolge wird im Zeitraum 2011 bis 2013 ein Nullwachstum der Ausgaben im öffentlichen Sektor angestrebt.

**Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.** In seiner Stellungnahme vom 26. April 2010 zum jüngsten Konvergenzprogramm hat der Rat die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Dänemarks wie folgt bewertet: Die langfristigen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die öffentlichen Haushalte liegen deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die im Programm geschätzte Haushaltslage 2009 trägt zur Verringerung des Bruttoschuldenstands bei. Die mittelfristige Sicherung hoher Primärüberschüsse würde dazu beitragen, die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die im Tragfähigkeitsbericht der Kommission von 2009 als gering eingestuft wurden, zu verringern.

#### **4.3. *Andere Faktoren, die aus Sicht des betreffenden Mitgliedstaats von Bedeutung sind***

Die dänischen Behörden haben verschiedene einschlägige Faktoren im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates angeführt, die im Folgenden wiedergegeben werden.

Die weltweite Finanzkrise hat die dänische Wirtschaft schwer getroffen. Der Haushaltssaldo wird sich voraussichtlich von einem Überschuss von 3½ Prozent des BIP im Jahr 2008 auf ein Defizit von knapp 5½ Prozent des BIP im Jahr 2010 verschlechtern. Die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen geht zu knapp 2/3 unmittelbar auf den Konjunkturabschwung zurück, insbesondere auf das Wirken der automatischen Stabilisatoren, die in Dänemark von großer Bedeutung sind. Rund ein Drittel ist auf die expansiven finanzpolitischen Maßnahmen zurückzuführen, darunter öffentliche Investitionen und eine Steuerreform, die sich 2009 und 2010 auf insgesamt 3,5 Prozent des BIP belaufen und die Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaftstätigkeit und die Beschäftigung im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm abmildern sollen. Die dänische Wirtschaft wird sich 2011-2015 voraussichtlich allmählich erholen.

Dänemark hat eine lange Erfolgsgeschichte gesunder öffentlicher Finanzen vorzuweisen, was auch durch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Zeiten günstiger Konjunktur erreicht wurde. Im Zeitraum 2005-2008 betrug der Haushaltsüberschuss durchschnittlich 4,6 Prozent des BIP, während sich der strukturelle Überschuss auf durchschnittlich 1,8 Prozent belief. Ausgehend von der finanzpolitischen Wirkung verfolgt Dänemark traditionell eine vorwiegend antizyklische Finanzpolitik. Als finanzpolitisches Hauptziel und

mittelfristiges Haushaltsziel strebt das Land bis 2015 einen ausgeglichenen strukturellen Saldo der öffentlichen Finanzen an. Mit einem ausgeglichenen strukturellen Saldo im Jahr 2015 könnte die Anhäufung von Schulden gestoppt und das langfristige Ziel der haushaltspolitischen Tragfähigkeit erreicht werden. Die geplante Verbesserung des strukturellen Saldos um 1½ Prozent des BIP von einem Defizit von etwa 1½ Prozent des BIP im Jahr 2010 würde dazu führen, dass sich die strukturelle Haushaltsposition im Jahr 2013 einem ausgeglichenen Ergebnis annähert. Die geplante strukturelle Verbesserung ist daher ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem als Hauptziel vorgegebenen strukturell ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2015.

Die haushaltspolitische Tragfähigkeit ist seit den 1990er-Jahren ein zentrales Ziel der haushaltspolitischen Planung und bildet die Grundlage für die mittelfristigen Pläne der Regierung. Neben der Haushaltskonsolidierung wird die Tragfähigkeit auch durch Strukturreformen unterstützt. So sieht die Vereinbarung zur Reform des Sozialstaats aus dem Jahr 2006 auch eine umfangreiche Rentenreform vor, die die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wesentlich stützt. So hat die Steuerreform aus dem Jahr 2009 die Steuerlast auf die Arbeitseinkommen deutlich verringert und die Arbeits- und Sparanreize verstärkt, während etwa die Steuern auf den Energieverbrauch sowie die Verbrauchssteuern erhöht wurden. Die Reform wird hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die direkten Einnahmen im Laufe der Zeit vollständig gegenfinanziert, und sie verbessert die Lage der öffentlichen Finanzen langfristig um 0,3 Prozent des BIP. Die Regierung wird mit der Erarbeitung eines umfassenden Plans beginnen, in dem die wichtigsten strukturellen und finanzpolitischen Anforderungen bis zum Jahr 2020 dargelegt werden, um an dem übergeordneten Ziel einer langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen festhalten zu können.

Abgesehen von einem öffentlichen Defizit und einer steigenden Arbeitslosigkeit leidet die dänische Wirtschaft nicht an Ungleichgewichten. Dänemark hat in den Jahren 2009 und 2010 einen Leistungsbilanzüberschuss von schätzungsweise 2,9 bzw. 2,4 Prozent des BIP sowie eine niedrige Inflation vorzuweisen. Wenngleich der Bruttoschuldenstand aufgrund der Auswirkungen der Krise auf die öffentlichen Finanzen angestiegen ist, bleibt er auf einem relativ niedrigen Niveau, und im Jahr 2009 war unter Berücksichtigung aller gesamtstaatlichen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten eine Nettovermögensposition von 3,8 Prozent des BIP zu verzeichnen. Einer aktuellen Analyse der Kommission zufolge verfügt Dänemark über einen der solidesten Finanzrahmen der EU-Mitgliedstaaten. Ausgabenregelungen haben in Kombination mit Vorschriften zum (strukturellen) Saldo und Einnahmenregelungen (Steuerstopp) wirksam dazu beigetragen, das Ziel der Haushaltsdisziplin mit dem der Stabilisierung zu verbinden. Der Abstand des langfristigen Zinssatzes zu dem Deutschlands ist weiterhin niedrig und geringer als in den meisten Staaten des Euroraumes. Wenngleich der öffentliche Sektor weiterhin Risiken unterliegt, die sich aus den Garantien für die Finanzbranche ergeben, zu denen nach Ablauf der Regelung für alle Gläubigerbanken auch individuelle Kreditgarantien zählen, sind bisher keine Ereignisse eingetreten, die eine Inanspruchnahme der Garantien erfordert hätten. Derzeit wird damit gerechnet, dass sich aus der Garantieregelung ein begrenzter, einmaliger Überschuss für den öffentlichen Sektor ergeben könnte.

#### **4.4. *Andere Faktoren, die aus Sicht der Kommission von Bedeutung sind***

In seiner Stellungnahme zur jüngsten Aktualisierung des Konvergenzprogramms vertrat der Rat die Auffassung, dass die Haushaltsergebnisse mittelfristig schlechter ausfallen könnten als im Programm projiziert. Während sich die Risiken für die eher unmittelbaren Wachstumsaussichten in Grenzen halten, da die jüngsten Frühindikatoren auf einen relativ

robusten und stetigen Vertrauenszuwachs bei den Verbrauchern und den Unternehmern hinweisen, könnten die Haushaltsergebnisse in den späteren Jahren schlechter ausfallen als erwartet, da die Projektionen auf günstigen Wachstumsannahmen beruhen. Angesichts der bisherigen häufigen Ausgabenüberschreitungen scheint das mit Null veranschlagte Realwachstum der Staatsausgaben zwischen 2011 und 2013 optimistisch. Der Finanzsektor erscheint stabil, doch die während der Krise beschlossenen Rettungsmaßnahmen für diesen Sektor haben dazu beigetragen, dass der Staat nunmehr höheren Risiken gegenüber dem Sektor ausgesetzt ist. Der Rat forderte Dänemark daher auf, verstärkt darauf hinzuwirken, dass die geplante Überschreitung des Referenzwerts von 3 % des BIP begrenzt bleibt, die projizierte Überschreitung des Defizit-Referenzwerts rasch zu korrigieren und die Maßnahmen zu benennen, mit denen die haushaltspolitische Konsolidierung gestützt werden soll, damit das mittelfristige Ziel wie geplant bis 2015 erreicht wird.

## **5. SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Das gesamtstaatliche Defizit Dänemarks soll im Jahr 2010 5,4 % des BIP erreichen, womit es über dem Referenzwert von 3% des BIP und nicht mehr in dessen Nähe liegt. Der Referenzwert kann im Sinne des AEUV und des Stabilitäts- und Wachstumspakts als ausnahmsweise überschritten angesehen werden. Die Überschreitung kann jedoch nicht als vorübergehend betrachtet werden. Dies führt zu dem Schluss, dass das Defizitkriterium des AEUV nicht erfüllt ist.

Der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand liegt nach wie vor deutlich unter dem Referenzwert von 60 % des BIP. Dies lässt darauf schließen, dass das Schuldenstandskriterium des AEUV erfüllt ist.

Gemäß dem AEUV wurden in diesem Bericht auch „sonstige einschlägige Faktoren“ geprüft, die laut Stabilitäts- und Wachstumspakt in den Etappen auf dem Weg zu der Entscheidung über das Bestehen eines übermäßigen Defizits nur dann berücksichtigt werden können, wenn die beiden Bedingungen – dass das Defizit in der Nähe des Referenzwertes bleibt, und dass die Überschreitung des Referenzwertes vorübergehend ist – in vollem Umfang erfüllt sind. Einzelnen betrachtet erscheinen die einschlägigen Faktoren im vorliegenden Fall relativ günstig.